

GRÜNE

NUMMER 5/2013

WERKSTATTSSCHRIFTEN

EINE REIHE DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT



GRÜNER KURSWECHSEL

FÜR WIEN

DIE STADT GEHÖRT UNS ALLEN.

GESTALTEN WIR SIE MIT!



VORWORT

Ich war gerade eine Periode Mitglied des Wiener Gemeinderats, als die Wiener Grünen für den anstehenden Gemeinderatswahlkampf 2001 einen offenen Programmprozess starteten, der den Namen „Kurswechsel“ erhielt. Kurswechsel deshalb, weil es um ein

städtisches Gegenkonzept zur auf nationaler Ebene regierenden Schwarz-blauen Koalition ging. Unsere demokratische Vision zielte auf die Ermächtigung der Bevölkerung und auf partizipative Modelle, die die bestehende Parteiendemokratie ergänzen.

Schlussendlich konnten wir damals unser Konzept nicht umsetzen, weil die Wiener SPÖ erneut die absolute Mehrheit errang, und in der Folge weitere fünf Jahre allein regierte. Doch viele der damals angedachten Ideen und Vorschläge sind bis heute relevant geblieben. Manches konnte ich in den vergangenen Jahren auch systematischer umsetzen als dies mit einzelnen Oppositionsaktivitäten möglich war. Im Kern ging es beim Grünen Kurswechsel für Wien um eine neue Form städtischer Demokratie, um eine demokratische Legitimation der Stadtpolitik in Zeiten der Globalisierung. Es ging darum, wie politische Entscheidungen, die die Lebensumstände vieler Menschen beeinflussen, zustande kommen und wie sie tragfähig und langfristig gestaltet werden können. Es ging darum, wie die Ressourcen einer Stadt genutzt und verteilt werden. Es ging darum, welche Möglichkeiten der Teilhabe in der Stadt vorhanden sind. Das war und ist von zentraler Bedeutung für moderne Stadtpolitik.

Modelle der BürgerInnen-Beteiligung, der partizipativen und der direkten Demokratie haben in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen, eben weil traditionelle Politik-Stile vielfach unter mangelnder Legitimation leiden. Konkret heißt das, dass Großprojekte wie die Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße oder die Umgestaltung des Schwedenplatzes nicht mehr ohne systematische BürgerInnenbeteiligung denkbar sind. Das ist gut so.

Partizipative Demokratie bietet für unsere Stadtpolitik große Chancen. Um Beteiligung und Mitbestimmung zu einem üblichen und transparenten Instrument städtischer Politik zu machen, brauchen wir klare Vorgaben dafür, wie Teilhabe ablaufen kann, wann sie gewährleistet werden muss und vieles andere mehr.

Der Grüner Kurswechsel für Wien hat 2001 viele spannende Ergebnisse gebracht. Nun werden die Ergebnisse als Grüne Werkstattsschrift durch die Grüne Bildungswerkstatt öffentlich verfügbar gemacht. Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre – in der Hoffnung, dass die Vision einer Stadt der Teilhabe, die den vorliegenden Kurswechsel inspirierte, die Diskussionen über die Wiener Stadtentwicklung der nächsten Jahren bereichern wird.

Maria Vassilakou
Vizebürgermeisterin

DAS DOKUMENT

Das vorliegende Dokument wurde im Jahr 2000 als Vision der Wiener Grünen gemeinsam mit der Grünen Bildungswerkstatt entwickelt und 2001 auf der Landeskonzferenz der Wiener Grünen einstimmig beschlossen.

DIE ENTSTEHUNG

Es war fast zeitgleich mit der Angelobung der Schwarzblauen Bundesregierung, dass die damalige Obfrau der GBW-Wien, Alexandra Strickner – heute Obfrau von Attac – mich überredete, Mitglied des Vorstands der GBW-Wien zu werden. Ich hatte vor kurzem meine Habilitation an der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung abgeschlossen, und freute mich über die Chance, meine Erfahrungen mit Partizipationsmodellen im Rahmen der Grünen Bildungswerkstatt anwenden zu können. Gemeinsam initiierten wir für die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 2001 einen partizipativen Programmierarbeitsprozess, der selten, wenn nicht einzigartig bei den österreichischen Grünen war. Die damals bekannt konfrontativen Lager von Fundis und Realos arbeiteten das ganze Jahr 2000 über konstruktiv an einer gemeinsamen Vision für einen Kurswechsel in Wien.

Das Wort Kurswechsel war damals sehr beliebt. In der Farbenlehre war auch klar, dass es um ein rot-grünes Gegenmodell zum schwarz-blauen Neoliberalismus gehen muss. Der Inhalt dieses Kurswechsels rankte sich um ein Wort, das weder vorher noch heute zu den Schlüsselwörtern der Grünen und der politischen Auseinandersetzung zählt: Teilhabe. Ich weiß nicht mehr wann und wie, aber plötzlich war es das verbindende Wort, das die Elemente des Teilhabens im Sinne dessen, was wir heute Zugang zur Stadt, zu Bildung, Gesundheit, öffentlichen Räumen und Verkehr nennen, mit dem verband, was heute Partizipation heißt: also mitentscheiden und mitgestalten.

In einem Team mit Georg Günsberg, damals Referent von Spitzenkandidat Christoph Chorherr, steuerten wir einen parteiinternen Beteiligungsprozess, der genau den Effekt

hatte, den gute Partizipationsmodelle anstreben: Es kam zu einer gemeinsamen Identitätsbildung, heute würden wir sagen, dass weite Teile der Wiener Partei Ownership für diese Vision der Stadt der Teilhabe übernahmen. Im Jänner 2001 beschloss die Wiener Landeskonferenz einstimmig das vorliegende Dokument: „DER GRÜNE KURSWECHSEL FÜR WIEN – DIE STADT GEHÖRT UNS ALLEN! GESTALTEN WIR SIE MIT!“

Nach der Wahl 2001, bei der die Wiener Grünen stark zulegen, die Wiener SPÖ aber überraschend die absolute Mehrheit errang, geriet der Teilhabe-Elan ins Stocken. Im Laufe der Jahre landete auch dieses Papier in der Ablage, der innovative Programmierstellungsprozess geriet in Vergessenheit.

Die Grüne Bildungswerkstatt nützt ihre neue Reihe der „Werkstattsschriften“, um an diese Vision einer grünen Stadt zu erinnern. Zahlreich waren die von AutorInnen gelieferten Texte, die von Georg endredigiert wurden. Vielleicht erinnert sich die eine oder andere an Textbausteine, mit denen sie zu diesem kollektiven Text beigetragen hat. Mir hat das Wiederlesen Spaß gemacht, manche Formulierungen regen im Rückblick zum Schmunzeln an. Vieles Richtige wurde damals erkannt, manches auch schon umgesetzt. Und es ist Anlass zu wirklicher Freude, dass die Vision der grünen Stadt – ebenso wie die Herausforderungen – in vielen Details und der großen Linie die selbe geblieben ist. Das grüne Wien – eine Stadt der Teilhabe. In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß beim Lesen

Andreas Novy
Obmann der Grünen Bildungswerkstatt

DIE STADT GEHÖRT

UNS ALLEN –

GESTALTEN WIR SIE MIT!

Unter dem Titel „Grüner Kurswechsel für Wien“, diskutierten die Grünen ein Jahr lang in einem breiten Beteiligungsprozess über die Zukunft unserer Stadt. Dabei entstand eine neue Vision für Wien: Wien als Stadt der Teilhabe, die Eigeninitiative fördert und Solidarität sicherstellt. An der Stadt teilzuhaben heisst, Zugang zur Stadt zu haben und mitbestimmen zu können. Teilhabe öffnet die Stadt für ihre Menschen. Die Stadt ist nicht Privatbesitz von PolitikerInnen und BeamtenInnen, sie gehört uns allen. Teilhabe sichert bestehende Zugänge und schafft neue. Eine Stadt der Teilhabe sichert den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Verkehr.

Zugang für alle In einer Stadt der Teilhabe

- ist die Stadt kein Selbstbedienungsladen der Regierenden und kein Privatbesitz der Machthaber
- brauchen sich Eltern keine Sorge zu machen, wenn ihr Kind ins Spital muss. Auch wenn sie keine Privatversicherung haben, wird das Kind auf höchstem medizinischen Standard betreut.
- muss niemand verzweifeln nach einer Privatschule suchen, in der alternative Lernformen und qualitative hochwertige Bildung angeboten wird. Die Stadt sieht ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges schulisches Angebot für alle als ihre Hauptaufgabe.
- finden ältere Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung weiterhin ihren vertrauten Greißler ebenso wie ihren Park und die Station der Bim.
- eröffnen sich für Mädchen neue Zugänge zu männerdominierten Zukunftsbranchen, von der Informationstech-

nologie angefangen bis zu traditionell hochqualifizierten Berufen von AkademikerInnen.

- entstehen neue Zugänge zu den Informationen über die Stadt. Diese sind nicht länger Amtsgeheimnis, sondern im Internet abrufbar. Stadtwerke und Fonds sehen sich als Serviceeinrichtungen aller BewohnerInnen und nicht nur ausgewählter Spezialkunden.
- sind Amtshäuser geöffnet und nicht länger Privatbesitz von BezirksvorsteherInnen oder SenatsrätInnen. Aus Bürokratenburgen werden Informations- und Kommunikationszentren, alle BürgerInnen können Internet und Festsaal, Beratung und Service des Bezirks nutzen.
- gehören öffentliche Räume uns allen. Ein Teil der Grünanlagen, vor allem in dichtverbauten Gebieten mit einem hohen Anteil an jungen Menschen, dient fortan der Nutzung und nicht bloss der Behübschung.

Mitbestimmung für alle

Eine Stadt der Teilhabe lässt die BewohnerInnen mitreden, mitgestalten und mitentscheiden. PolitikerInnen teilen ihre Macht mit der Bevölkerung. Stadtregierung und Gemeinderat haben Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Stadt; die BewohnerInnen haben das Recht, ihren Wünschen Gehör zu verschaffen.

Eine Stadt der Teilhabe ...

- nimmt das Wissen der BewohnerInnen ernst und bindet sie in Entscheidungsprozesse ein.. Vor-Ort gibt es keine besseren ExpertInnen als die NutzerInnen: Wie soll der Platz vor der Schule verkehrsberuhigt werden und wie kann den älteren Menschen das Leben auf der Straße erleichtert werden.
- nützt das Wissen von ExpertInnen und PolitikerInnen. Diese werden durch Mitbestimmung nicht ersetzt, sondern sind eine wesentliche Ergänzung von Mitbestimmung. Wissen wird zum Service, das die Stadt denen anbietet, die es brauchen.
- fördert die Mitbestimmung vor Ort – im Stadtteil, den Bildungs-, Sozial und – Gesundheitsorganisationen – die Betroffenen – AnrainerInnen, PatientInnen, LehrerInnen, Frauen und MigrantInnen usw. – erarbeiten im Dialog mit der Politik nachhaltige Lösungen.

Teilhabe an der Stadt – Eigeninitiative und Solidarität

Eine Stadt der Teilhabe basiert auf einer Grundhaltung, die Eigeninitiative und Solidarität verbindet. Vielfalt und Eigeninitiative sind für eine Stadt der Teilhabe genauso unentbehrlich wie Solidarität und Nachhaltigkeit. Die Kunst der Politik besteht darin, diese scheinbar widersprüchlichen Werte vereinbar zu machen. Teilhabe als ein Prozess, der den Zugang zur Stadt öffnet und die BewohnerInnen die Stadt gestalten lässt, ermöglicht gleichzeitig Eigeninitiative und Solidarität.

- Teilhabe braucht Eigeninitiative und läßt Raum für Engagement: BewohnerInnen machen Grätzlfeste, StadtmusikantInnen spielen und Straßentheater beleben den öffentlichen Raum. KleinunternehmerInnen wird geholfen, Kulturschaffende werden unterstützt.
- Teilhabe erweitert Möglichkeiten und Freiheiten für alle: Mädchen werden IT-Fachfrauen, die Schule bekommt das Geld für ihre Projektwoche und ältere Menschen einen Computerkurs geschenkt.
- Teilhabe schafft Sicherheit: der Zugang aller zum öffentlichen Leben ist oberste Priorität: Schule und Spital für alle, die Straßenbahn läuft dem Auto den Rang ab und benachteiligte WienerInnen erhalten Zugang zu Gemeinwohnungen – unabhängig von ihrem Pass.
- Teilhabe begründet Solidarität, weil sie die Menschen zusammenbringt, den Dialog organisiert und hilft, gemeinsam die Zukunft der Stadt zu gestalten.

Die Schritte zur Teilhabe

Viele der Wiener Institutionen und Strukturen sind es Wert, vertieft, verbessert und ausgeweitet zu werden. Die Vision der Teilhabe verändert das bestehende politische System in einem schrittweisen Prozess:

- 1.) Mehr Transparenz und Offenheit ist die unabdingbare Voraussetzung von Teilhabe – sowohl die Möglichkeit zum persönlichen Austausch als auch elektronische Medien sind hier von unschätzbare Bedeutung.
- 2.) Die Rechenschaftspflicht von öffentlichen Einrichtungen und ein breiter städtischer Diskurs über das Handeln dieser Einrichtungen schafft Raum zum Lernen und zum Korrigieren von Fehlentwicklungen – hier ist die Förderung vielfältiger Kommunikationsmedien, v.a. kleiner und dezentraler AnbieterInnen, entscheidend.
- 3.) Teilhabe ergänzt die sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung um neue AkteurInnen aus Freiwilligeninitiativen, sozialen Bewegungen, Wissenschaft und NGOs. So wird die Stadt auf eine breite soziale Basis gestellt und Kreativität und Innovation beleben die sozialpartnerschaftliche Konsenskultur.
- 4.) Teilhabe schafft und stärkt Organisationen, deren RepräsentantInnen von den Betroffenen direkt gewählt werden. Dies betrifft sowohl Organisationen, die die Interessen des Stadtteils vertreten und die Stadtteilarbeit organisieren, als auch das faire Stärken von benachteiligten Gruppen wie zB. Frauen und MigrantInnen.
- 5.) Teilhabe verlangt von den PartnerInnen der Stadt, seien es Unternehmen, NGOs oder andere SubventionsempfängerInnen, daß sie in ihrem jeweiligen Einflusbereich ebenfalls Mindestprinzipien der Teilhabe einhalten (z.B. sozialrechtliche Mindeststandards, Frauenförderpläne, Transparenz und Rechenschaftspflicht).
- 6.) Die Teilhabe an der Stadt mündet in der gemeinsamen Gestaltung der Zukunft der Stadt. Die Zukunft wird in

konkreten Investitionsprojekten gemacht, die die Weichen städtischer Entwicklung festlegen: wohin das Geld fließt, weist den Weg für die Stadt. Die Teilhabe am Budget führt zur Demokratisierung des Budgets.

Teilhabe fußt auf dem Zusammenspiel von lokal und global, von Zentrale und Dezentrale: sie will die globalen Ziele der Menschheit im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich durch Partizipation vor Ort realisieren. Sie sichert die Partizipation der Bevölkerung budgetär ab und ermöglicht durch klare Regeln das Mitentscheiden.

Teilhabe ist ein Prozess des kontinuierlichen Lernens, bei dem immer breitere Bevölkerungsgruppen in immer mehr Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ein schrittweises Vorgehen und klare Regeln sind daher von entscheidender Bedeutung. Manchmal erfolgt die Teilhabe der BewohnerInnen direkt, manchmal indirekt, in manchen Fällen durch Abstimmungen, in anderen durch die Stärkung repräsentativer Einrichtungen. So funktioniert die Mitbestimmung bei Großprojekten wie der Donauplatte oder Tiefgaragen anders als bei kleinen Problemen im Stadtteil. Die Organisation der Mitbestimmung wird hierbei jeweils den Erfordernissen angepasst.

Gemeinsam anders regieren

In der Stadt der Teilhabe wird Macht und Verantwortung geteilt. Stadtregierung und Gemeinderat sind nicht die einzigen politisch Handelnden. Die Stadt ist nämlich nicht länger ihr Besitz, sondern sie gehört uns allen. Die klassischen politischen AkteurInnen teilen ihre Macht mit der Bevölkerung und gewinnen so BündnispartnerInnen.

Die Zentrale macht Eigeninitiative und Solidarität mit ökologischen Erfordernissen vereinbar. Sie denkt und plant die ganze Stadt und übersetzt die Vision der Teilhabe in klare und machbare Regeln, Gesetze und Budgets. Innovative Reformen werden offen diskutiert, ExpertInnen eingeladen, Betroffene angehört und die Bevölkerung in die Entscheidungsfindung eingebunden. Wo immer möglich delegiert und dezentralisiert die Zentrale, um Kopf, Zeit und Raum frei zu haben, den entscheidenden Zukunftsfragen genug Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Stadt der Teilhabe schafft Gerechtigkeit, indem sie fairteilt, fairstärkt und fair-regelt.

Mitgestalten vor Ort

Vor Ort schlummert Wissen und Engagement, das die Stadt der Teilhabe für alle BewohnerInnen nutzen kann. Die Beziehung von Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung, von Stadtteil und Zentrale basiert hierbei auf Dialog und klaren Regeln. Die Stadt der Teilhabe kann anhand von vier Visionen konkretisiert werden:

- Soziale Stadt – Teilhabe schafft Solidarität, indem sie fairteilt, fairstärkt und fair-regelt. Fairteilen und fairstärken si-

chern den Zugang für alle. Faire Regeln sichern die Selbst- und Mitbestimmung aller. Die materielle Teilhabe sichert die Teilhabe an der Stadt, denn Teilhabe gilt für alle!

- Stadt der Lebensqualität! – Teilhabe garantiert Lebensqualität, indem allen der Zugang zu qualitativ hochstehenden Leistungen ermöglicht wird. Nachhaltigkeit ist kein Luxus, sondern Selbstverständlichkeit. Dezentrale Stadtplanung und Gesundheitsförderung erleichtert Mitbestimmung und Mitgestaltung. Vielfältige Lebensstile und -formen werden als bereichernd wahrgenommen und durch gemeinsame Regelsetzung mit Nachhaltigkeit und Solidarität vereinbar.
- Lernende Stadt – Teilhabe sichert Bildung als Recht für alle und schafft die Grundlage nachhaltigen Wirtschaftens, indem Innovation und Kreativität gefördert wird. Eine Stadt der Teilhabe schafft neue Räume des Lernens, um gemeinsam die Zukunft gestalten zu können. Teilhabe-Fonds beteiligen die Zivilgesellschaft an den Entscheidungen über die großen Zukunftsfragen.
- Offene Stadt – Teilhabende Demokratie stärkt den Parlamentarismus und schafft neue Räume der Demokratie. Teilhabe öffnet den Zugang zu Informationen und fördert Vielfalt. Eine weltoffene Stadt nutzt ihre geographische Lage, um zum Mittelpunkt solidarischer Netzwerke, die auf Vielfalt aufbauen und Nachhaltigkeit verwirklichen.

Teilhabe braucht engagierte Menschen! – Mach mit!

SOZIALE STADT

Zugang für alle durch Fairteilen

Materielle Teilhabe sichert jede weitergehende Teilhabe an der Stadt. Kritische gesellschaftspolitische Tätigkeit blüht dort auf, wo das tägliche Einkommen gesichert ist und öffentliche Dienste sowie Zeit zur Verfügung stehen. In einer Stadt der Teilhabe wird Solidarität zum gemeinsamen Projekt. Einem Auseinanderbrechen der Gesellschaft wird der Zugang aller zum gesellschaftlichen Reichtum entgegengesetzt. Die Stadt der Teilhabe grenzt nicht aus, sondern bindet ein. Fairteilen als gerechte Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum und verfügbarer Arbeit macht Wien zu einer Stadt, in der Lebensqualität für alle gesichert ist.

In einer Stadt, die fairteilt

- brauchen Menschen Armut nicht mehr zu fürchten. Pflege und Gesundheitsleistungen stehen für alle unentgeltlich zur Verfügung.
- stehen soziale Dienste allen zur Verfügung. Gemeinsam mit einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz zu

niedrigen Tarifen erleichtern sie das Verbinden von Beruf und Familie.

- droht Kindern aus benachteiligten Familien nicht mehr ein Abschieben in die allgemeine Sonderschule. Die Zukunftsperspektiven für alle werden durch einen gebührenfreien Zugang zu Bildung und Ausbildung gesichert. Bildung auf hohem qualitativen Niveau wird ein Recht für alle und ist unabhängig von der ökonomischen Leistungsfähigkeit.
- ist gerechte Entlohnung für alle eine Selbstverständlichkeit. Im städtischen Personalwesen wird die Schere zwischen oben und unten geringer. Die Stadt sucht sich nur solche PartnerInnen für die Erledigung öffentlicher Aufgaben, die soziale Mindeststandards einhalten.
- ist Obdachlosigkeit ein Problem der Vergangenheit. Wohnen unter leistbaren und komfortablen Bedingungen wird ein Recht für alle. Leistbarer Wohnraum für soziale Schwache und junge Familien wird geschaffen: durch Gemeindebauwohnungen und Wohnbauförderungsmittel, die insbesondere für diese Gruppen reserviert werden.
- ist Erholung nicht jenen mit privaten Grünflächen in den Randbezirken Wiens vorbehalten. Fairteilen von materiellen Ressourcen erfordert eine ökosoziale Bodenpolitik, die öffentlichen Grünerholungs- und Spielraum für alle in unmittelbarer Wohnumgebung sichert bzw. schafft.

Zugang für alle durch Fairstärken

Kernprinzip der Teilhabe ist, dass sie für alle gilt. Jedoch erschweren strukturelle Benachteiligungen die Teilhabe bestimmter Gruppen – Frauen, MigrantInnen, behinderte Menschen, Kinder&Jugendliche, Homosexuelle ... Erst durch faires Stärken wird der Zugang zur Gestaltung der Stadt für alle sichergestellt. Eine Stadt der Teilhabe unterstützt die Interessen von benachteiligten Gruppen, indem sie ihnen Organisationen und Ressourcen zur Verfügung stellt.

In einer Stadt der Teilhabe, die fairstärkt ...

- müssen Frauen nicht mehr die Abhängigkeit von der Erhaltungsinanz „Ehemann“ fürchten, denn Frauenfonds, Frauenförderpläne und spezifische Ausbildungs- und Fortbildungsangebote für Frauen schaffen Selbständigkeit.
- wird das Bewegen in der Stadt für Kinder wie behinderte Menschen barrierefrei. Nicht die Lobby der Autofahrenden wird gestärkt, sondern die Lebensqualität aller Menschen erhöht.
- wird Macht an jene zurückgegeben, die vormals als besonders benachteiligt gegolten haben. Sie können ihre Interessen organisieren und über Organisationen mit gesetzlichem Auftrag und fixem Budget wirkungsvoll vertreten. Teilhabe-Fonds, die von den Betroffenen im Sinne der Betroffenen verwaltet werden, stärken die Teilhabe jener Gruppen und machen sie barrierefrei. Auf die Teilhabe von Frauen wird besonderer Wert gelegt.
- müssen soziale Initiativen nicht mehr von Jahr zu Jahr um ihre Subventionen zittern. Eine Strategie, die fairstärkt,

erteilt Subventionszusagen mehrjährig und fördert jene Projekte in besonderem Ausmaß, die an der Ermächtigung von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen arbeiten.

Faire Regeln sichern Selbstbestimmung und Mitbestimmung

Teilhabe setzt eine starke politische Zentrale voraus, die sicherstellt, dass fair-geregelt wird. Faire Regeln berücksichtigen die in der Gesellschaft bestehenden strukturellen Benachteiligungen. Nur so spielt Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum auch frei für Teilhabe an der Politik. Solidarität wird durch faire Regeln abgesichert, damit Selbstbestimmung und Mitbestimmung möglich wird.

In einer Stadt der Selbstbestimmung und Mitbestimmung ...

- reden alle mit und werden alle ernst genommen. Auch Kinder und Jugendliche werden an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligt, ihre Interessen werden ernst genommen und sind gleich wichtig wie jene der Erwachsenen und Mächtigen.
- sichern faire Regeln den Zugang von Frauen zu Selbstbestimmung und Mitbestimmung. Geschlechterparität bei der Besetzung von Fonds und Beiräten ist garantiert – auch gegen den Willen der machthabenden Männer. Ein eigener Frauenfonds bildet die Grundlage der Organisation von Frauen.
- laufen die Akten und nicht die Menschen. Beratung und Information wird zur Selbstverständlichkeit. Eigeninitiative hat Vorrang vor bürokratischen Lösungen, denn die Bürokratie orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht umgekehrt.
- wird Vernetzung ermöglicht und gefördert. Kreativität, Eigeninitiative und sozialem Lernen wird Zeit und Raum gelassen, um die Lebensqualität nachhaltig zu sichern und zu verbessern.
- Die Stadt der Teilhabe nimmt die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen ernst und unterstützt Selbsthilfe mit Wissen und Geld. Die Not wird nicht verwaltet, der „verwaltete Sozialfall“ nicht versorgt, sondern Teilhabe ermächtigt zu selbstbestimmtem Leben.
- werden Privilegien abgeschafft, Wirtschaftsbesitzer und SenatsrätInnen, aber auch Arbeitslose, Eltern und Homosexuelle finden sich gemeinsam an Runden Tischen. sind in ihren Rechten zur Mitbestimmung gleichgestellt. Bildungskarenzen und persönliche Auszeiten ermächtigen zu einem selbstbestimmten und bedürfnisorientierten Leben.
- werden Bildungskarenzen, individuelle Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und persönliche Auszeiten möglich.

Solidarität bildet das Fundament einer Stadt der Teilhabe. Durch Fairteilen und Fairstärken wird Demokratie von einer Abstimmungsmaschinerie zu einer Lebensform weiterentwickelt. Da der Zugang zur Stadt für alle sichergestellt wird, setzen Selbstbestimmung und Mitbestimmung kreative Energien für Innovation und Gestaltung frei.

STADT DER LEBENSQUALITÄT

Lebensqualität nachhaltig sichern

Eine Stadt der Teilhabe schafft Lebensqualität für alle BewohnerInnen. Der Zugang zur Stadt ist mehr als eine Mindestversorgung an Gesundheits- und Freizeitangeboten.

Eine Stadt der Lebensqualität ...

- respektiert die verschiedenen Lebensstile, Lebensformen und Kulturen.
- orientiert sich einerseits an vielfältigsten und individuellen Bedürfnissen vieler Einzelner und andererseits daran, allgemeine ökologische, soziale und ökonomische Anforderungen zu erfüllen, die für alle gelten.
- wird Nachhaltigkeit zum Leitmotiv. Die Politik wägt die Bedürfnisse jetziger mit denen zukünftiger Generationen ab. Gerade im ökologischen, aber auch im sozialen Bereich sichern Nachhaltigkeitskriterien langfristig und zukunftsgerecht Lebensqualität.
- hat die Förderung und Sicherung von Vielfalt hohe Priorität: Kleinkunst für die einen, Hochkultur für die anderen; erschwinglicher Wohnraum für die einen, biologisches Wohnen für andere und Eigenheime am Stadtrand für dritte.
- schafft und sichert die Stadt das Wohlbefinden der BewohnerInnen durch die Bereitstellung öffentlicher Leistungen und politischer Rahmenbedingungen: Baulücken werden zu Spielplätzen und manchmal dauerhaft zu Erholungsräumen; Altenbetreuung und Gesundheitsvorsorge vor Ort belässt die Menschen trotz Krankheit oder Bedürftigkeit in ihrem Lebensumfeld; Verkehrsberuhigung schafft Inseln der Lebensqualität, sei es als Orte der Ruhe oder des pulsierenden städtischen Lebens.

Eine Politik zur Teilhabe aller BewohnerInnen an der Lebensqualität der Stadt setzt an zwei Ebenen an:

- Hohe Lebensqualität für alle schaffen! Teilhabe an der Stadt heißt Zugänge zu schaffen und zu sichern: an einem funktionierenden und hochqualitativen Gesundheitssystem, an gesunder Nahrung, an Erholungs- und Grünräumen und an leistbaren öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Mehr Lebensqualität durch mehr Mitbestimmung. Erst die Möglichkeit, an der konkreten Stadtgestaltung teilhaben zu können, garantiert Wohlbefinden und Zufriedenheit: die einen werden ihr Recht auf Teilhabe nicht nutzen, für andere verwirklicht sich Teilhabe erst, wenn sie mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können!

Die ökologische und gesunde Stadt garantiert hohe Qualität für alle!

Eine moderne, reiche Stadt wie Wien leistet sich Ökologie nicht nur als Luxus, sondern sieht sie im Sinne der Nachhaltigkeit als Selbstverständlichkeit.

Die ökologische Stadt Wien garantiert ...

- zeitgemäßen und umfassenden Naturschutz, der den Menschen auf umweltverträgliche Weise an Natur- und Grünräumen teilhaben lässt.
- ökologische Beschaffung
- sinkende Abfallmengen
- sauberes Trinkwasser, fließende Flüsse und geordnete Abwasserreinigung
- hohe Luftqualität und den Schutz der Bevölkerung vor Lärmbelastungen
- bessere Rahmenbedingung für Ökostrom und den Verzicht auf Strom von Atomstromkonzernen
- die Forcierung erneuerbarer Rohstoffe und Energien
- besseren Tierschutz
- das Angebot von mehr Grünflächen und Naturräume
- die Schonung von Ressourcen und hohe Effizienzstandards (etwa beim Energie- und Wasserverbrauch).

Prävention ist Leitmotiv einer Stadt der Lebensqualität.

Diese ...

- sieht Umweltschutz als Grundvoraussetzung für Gesundheit und Lebensqualität: hohe Luftqualität verringert Atembeschwerden, sauberes Wasser schützt alt und jung, Grün- und Erholungsraum ermöglicht Bewegung und Sport.
- sieht Gesundheit als umfassendes Phänomen und verändert auch Arbeits- und Lebensstile: Unfaire Arbeits- und Arbeitszeitbedingungen vor allem im Gesundheitsbereich werden abgeschafft, Stress im Verkehr und am Arbeitsplatz wird durch die Prinzipien der Nachhaltigkeit entgegnetreten.
- setzt auf Gesundheitsförderung in Kindergarten und Schule, auf ergonomische Möbel, auf Gesundenuntersuchungen und die Betreuung im Alter.

In der Stadt der Lebensqualität wird der Mensch ins Zentrum gerückt. Im Gesundheitswesen werden daher ...

- die Praxisöffnungszeiten an den Bedürfnissen der PatientInnen orientiert
- Pflegeheime vor Ort geschaffen
- die PatientInnen medizinisch, pflegerisch und psychologisch betreut, die Angehörigen – zumeist Frauen – werden unterstützt: Ärzte machen Hausbesuche, die rund-um-die-Uhr-Betreuung wird für alle leistbar, Angehörige erhalten pflegerische Einschulung, Informationen über medizinische Hilfsmittel, Hilfe beim bürokratischen Hürdenlauf und finanzielle Unterstützung für die Betreuung.
- die Betreuung zu Hause bzw. betreutes Wohnen auch ins hohe Alter ermöglicht. Die Isolation in Groß-Pflegeheimen gehört der Vergangenheit an.

Lebensqualität ist für alle leistbar und zugänglich!

Um allen Menschen den Zugang zu einer Stadt der Lebensqualität zu ermöglichen,

- garantiert sie allen den Zugang zu hochqualitativen Leistungen. Sozial verträgliche Tarife und Angebote für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind wichtige Unterstützungen.
- fördert sie die Zwei-Klassen Medizin nicht länger
- macht sie ökologische Leistungen und Produkte durch faire Regeln für alle erschwinglich
- verhindert sie soziale Ausgrenzung, wie etwa mittels sprachlicher Hürden
- baut sie Barrieren für Menschen mit Behinderungen ab, etwa im Bereich des Öffentlichen Verkehrs,
- bindet sie bislang benachteiligte Gruppen ein und wirkt der sozialen Polarisierung entgegen.

Aktive Stadtplanung schafft Lebensqualität

In einer Stadt der Teilhabe dient die Stadtplanung der Verbesserung der Lebensqualität. Nachhaltige Stadtplanung vereint Ökologie, Solidarität und Demokratie und

- sichert die notwendigen räumlichen, sozialen und funktionalen Qualitäten der Stadt und läßt gleichzeitig Raum für unvorhersehbare zukünftige Entwicklungen.
- geht auf frauenspezifische Bedürfnisse und Erfordernisse in der Gestaltung des Lebensraumes ein.
- definiert Qualitätskriterien im Wohnbau und Planung, läßt aber auch Freiheiten zu, um Vielfalt zu ermöglichen.
- verbessert die städtische Infrastruktur ständig: Ob Kindergärten, Schulen, Nahversorger, Glasfaserleitungen oder Öffentliche Verkehrsmittel – in der Stadt der kurzen Wege werden Infrastrukturrahmenbedingungen laufend den Erfordernissen angepasst.
- ermöglicht den StadtbewohnerInnen, ihre alltäglichen Mobilitätsanforderungen fußläufig und ohne Besitz des eigenen Autos zu erfüllen.

An der konkreten Stadtgestaltung teilhaben!
Mitbestimmung schafft Lebensqualität!

Bürgerbeteiligung ist kein Schlagwort mehr, sondern wird ernst genommen. Aus vielversprechenden Pilotprojekten entstehen neue Bürgerbeteiligungsinstrumente, die Menschen konkret an politischen Entscheidungen und an politischer Gestaltung teilhaben lassen. Niemand weiß besser, wie ein Stadtteil lebenswert wird, als die vor Ort lebende Bevölkerung. Eine Stadt der Lebensqualität entsteht durch Teilhabe, weil Teilhabe das Wissen von ExpertInnen und das vor-Ort Wissen der Betroffenen integriert.

Eine Stadt der Teilhabe ...

- benötigt kompetente Beratung und konkrete Räume, in denen sich BürgerInnen organisieren können: Stadtteil-

zentren und –teams helfen bei der Umsetzung von Ideen, bei Festen und Initiativen. Sie stellen Raum, Wissen und Zeit zur Verfügung und machen ehrenamtliches Engagement möglich.

- schaut besonders darauf, benachteiligte Gruppen einzubinden, indem sie diese Gruppen fair stärkt. Eigene Teilhabe-Fonds für Frauen und andere benachteiligte Gruppen erlauben es, dass sich Interessen organisieren, die sonst in der Planung oftmals nicht berücksichtigt werden.
- stellt die Weichen für die Zukunft des Stadtteils gemeinsam durch Politik, Bevölkerung und PlanerInnen.
- führt BürgerInnenbeteiligungsprojekte wie die AGENDA 21 durch, an der sich alle interessierten Bezirke beteiligen. Ein unabhängiges Koordinationsbüro versorgt die Bezirke mit dem nötigen Fachwissen, sorgt für die Koordinierung der Bezirke, verwaltet das Budget und stellt den Wiener Agenda Prozess nach außen dar.
- läßt die Betroffenen und aktive Personen mitbestimmen und bindet sie stärker in die konkrete Gestaltung ein. So ist das Personal im Aufgabenbereich der Stadt Wien (etwa im Gesundheitsbereich das Pflegepersonal) an der aktiven Gestaltung ihrer Arbeitsstätte beteiligt. Arbeitsplatz, ihre Arbeitsinhalte, Arbeitsatmosphäre und Arbeitsumfeld werden von Ihnen konkret mitgestaltet und Ihre Kompetenz entsprechend genutzt.
- ermöglicht die Teilhabe an der Stadtplanung. Diese beschränkt sich nicht auf Kleinräume (Plätze, Parks), sondern die Bevölkerung wird auch bei Großvorhaben in einem frühen Planungsstadium einbezogen. Die Stadt der Teilhabe führt „Strategische Umweltprüfungen“ durch, die sich nicht nur auf ökologische Aspekte beziehen, sondern auch auf Fragen des Lebensraums und der Lebensqualität berücksichtigen.

DIE LERNENDE STADT

In einer Stadt der Teilhabe steht das Lernen als ein lebensbegleitender Prozess im Mittelpunkt. Bildung für alle sichert den sozialen Zusammenhalt einer Stadt und nachhaltiges Wirtschaften. In einer lernenden Stadt

- ist Bildung ein Recht: Die Stadt stellt allen BewohnerInnen Bildung in höchster Qualität zur Verfügung.
- liegt die Stärke in einer gut ausgebildeten Bevölkerung und innovativen Unternehmen und Institutionen. Bildung ist die wichtigste Grundlage für nachhaltiges Wirtschaften.

Lernen fördern und gemeinsam fairregeln

Eine Stadt der Teilhabe muss allen faire Bildungschancen geben und Bildungsbarrieren mit allen Mitteln verhindern. Der offener Zugang zu Bildung für benachteiligte Gruppen,

wie Frauen und MigrantInnen, ist eine zentrale Möglichkeit für ihre Ermächtigung.

Eine lernende Stadt

- bietet allen Kindern und Jugendlichen Nachmittagsbetreuung, Sport- und Projektwochen, Sprachreisen und offenes Lernen an und nicht nur denen, die es sich leisten können.
- sichert den hohen Standard an Begleit- und IntegrationslehrerInnen, der der frühzeitigen Polarisierung von Bildungschancen entgegenwirkt. Chancengleichheit bedeutet, auf Selektion und interne Abstufungen möglichst lange zu verzichten. Die hohe Qualität öffentlicher Bildungseinrichtungen wird erhalten und innovative Lernformen auch in allen öffentlichen Schulen verankert.
- macht die Weiterbildung zum städtischen Kernanliegen und fördert ein vielfältiges außerschulisches Bildungsangebot. Qualifizierungsmaßnahmen werden ebenso gefördert wie Pilotprojekte, Betriebsgründungen und Innovationen.
- stellt eigene Budgetmittel für benachteiligte Gruppen bereit, um Bildungschancen fair zu verteilen.
- beschränkt sich lebensbegleitendes Lernen nicht bloß auf die klassischen Formen der Weiterbildung, sondern umfasst alle Bereiche. Kinder und Jugendliche werden darauf vorbereitet, eigenverantwortlich ein Leben lang zu lernen. Dabei gilt die Förderung vor allem denen, die die Schule nicht oder mit keinem qualifizierten Bildungsabschluss abgeschlossen haben. Teilhabe vermeidet soziale Ausgrenzung.

Neue Räume des Lernens

Lernen, Leben und Arbeiten gehören in einer Stadt der Teilhabe zusammen. Bildung wird nicht nur in Schulen angeboten, sondern in einer Vielzahl an Organisationen. Lernen ist darüber hinaus ein umfassender, lebensbegleitender Prozess, der alle städtischen Aktivitäten umfasst.

In einer Stadt der Teilhabe

- wird Lernen relevant, da es mit Arbeiten, Freizeit und Lebensumfeld verwoben wird. Unternehmen bilden PraktikantInnen aus, Freiwilligenorganisationen werden von Schulprojekten unterstützt und die SchülerInnen werden frühzeitig mit vielfältigen Berufsfeldern und städtischen Problemen vertraut gemacht.
- öffnet Teilhabe sogar die Fenster der Schule und lässt den frischen Wind von Kreativität und Mitbestimmung den alten Mief wegblasen. Schuldemokratie wird lebbar.
- Werden manche Schulen sogar zu Stadtteilzentren. Die Schule überlegt sich in Projektwochen Lösungen für Probleme vor Ort, von der Müllentsorgung bis zum Verkehr. Die BewohnerInnen nutzen den Turnsaal zum Sporteln und die Aula als Internet-Cafe. Damit wird sie öffentlich im wahrsten Sinn des Wortes.
- werden neue Organisationen und Institutionen geschaf-

fen, in denen gelernt werden kann: Fort- und Weiterbildungsvereine ebenso wie Welthäuser als Orte globalen Lernens, neue Angebote in der öffentlichen Schule ebenso wie Schulexperimente! Aber auch „lernende Geschäftsstraßen“, „lernende Stadtteile“ und „lernende Magistratsabteilungen“ entstehen in einem Klima der Offenheit und Kreativität.

Gemeinsam lernen

Lernen ist ein sozialer Prozess und braucht Raum, Ressourcen und Zeit. Lernen braucht Zeit, heißt Innehalten, Rückzug aus dem Alltagstrott und Reflexion über vertraut gewordene Routinen. Lernen kann allein erfolgen, zumeist aber lernen wir gemeinsam. Vorschnelle Eingrenzungen sind oft ebenso wenig hilfreich wie die verfrühte Suche nach Ergebnissen. Oftmals ist der gemeinsam erlebte Lernprozess wichtiger als Ergebnisse.

In einer Stadt der Teilhabe

- werden Jugendliche in der Planung von Parks mit den Anliegen älterer Menschen konfrontiert.
- müssen sich Betreiber von Großprojekten in Mediationsverfahren mit den Anliegen der AnrainerInnen auseinandersetzen. Gemeinsam wird versucht, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

In einer lernenden Stadt haben die BewohnerInnen teil am Wissen und an den Informationen der Stadt. Aber auch das Wissen jeder einzelnen und jedes einzelnen bereichert die Stadt. Die Stadt der Teilhabe nützt diesen gemeinsamen Pool an Wissen und Fähigkeiten, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Sie wird weder in Elfenbeintürmen noch in Chefetagen, sondern in einem breiten Teilhabeprozess diskutiert.

In einer lernenden Stadt

- organisiert die Stadt eine breite öffentliche Diskussion über die großen Zukunftsfragen: Welche Technologien braucht die Stadt? Welche Investitionen will die Stadt? Wie viel Vorschrift brauchen neue Wohn- und Beschäftigungsverhältnisse?
- erproben einzelne, Gruppen und Teile der Stadtverwaltung mögliche städtische Zukunft in einzelnen Pilotprojekten: Von Niedrigenergiehäusern und Car-sharing bis zu bilinguaem Unterricht und von der Stadt unterstütztem Friedensdienst von Jugendlichen.
- entstehen neue Institutionen einer teilhabenden Demokratie. In Teilhabe-Fonds teilen Regierung und Gemeinderat mit der Zivilgesellschaft Macht und Verantwortung für die Stadt. So können Entscheidungen offen und transparent von einem breiten Kreis an Teilhabenden – von NutzerInnen über Betroffenen bis zum Personal und den

politisch Verantwortlichen - getroffen werden. Die Stadt stellt sicher, dass sich die Aktivitäten auf die Erforschung, Entwicklung und Umsetzungen von städtischen Alternativen konzentrieren, in dessen Zentrum der Mensch und die Verbesserung der Lebensqualität steht.

DIE OFFENE STADT

In der Stadt der Teilhabe teilt die Politik Macht und Verantwortung mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft. Das Rathaus öffnet sich; alle haben Zugang zu öffentlichen Information und Entscheidungsprozessen. Eine Stadt der Teilhabe ist eine offene Stadt, die öffentliche Räume schafft, Vielfalt ermöglicht und Kritik als Bereicherung wahrnimmt. Sie endet nicht an den Stadtgrenzen, sondern bezieht die gesamte Stadtregion über Grenzen hinweg in ihr Handeln ein. Sie ist mehrsprachig, selbstbewußt und weltoffen, weil sie von der Vielfalt der einen Welt lernen will und sich als reiche Stadt ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges und friedliches Zusammenleben bewußt ist.

Teilhabe Demokratie

Eine offene Stadt schafft eine demokratische Kultur der Teilhabe. Die bestehenden demokratischen Institutionen, allen voran der Parlamentarismus, werden gestärkt. Teilhabende Demokratie schafft aber auch neue Räume der Demokratie, in denen BewohnerInnen mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können. In einer Stadt der teilhabenden Demokratie

- werden die Rechte der Opposition gestärkt: Untersuchungsausschüsse werden als Minderheitenrecht geschaffen, das Wahlrecht fair gestaltet.
- werden die Kontrollrechte des Gemeinderats ausgebaut und wird mit Modellen gesellschaftlicher Kontrolle durch die Medien und Zivilgesellschaft experimentiert (Budgetmonitoring, offene Projektbegleitung)
- wird das Bezirkskaisertum abgeschafft: auch auf Bezirksebene werden die Überreste feudaler Ordnungen abgeschafft und die Grundprinzipien des Parlamentarismus angewandt (Kontrolle, bindende Mehrheitsentscheidungen usw.)
- zählt jede Stimme gleich, und zwar ab 16 für alle BewohnerInnen der Stadt, unabhängig vom Pass
- wird die Teilhabe am Budget schrittweise verwirklicht
- treten transparente und rechenschaftspflichtige Teilhabefonds an die Stelle von intransparenten ausgelagerten Organisationen, seien dies Stiftungen, Firmen, Kommissionen oder Fonds.

Stadt der Vielfalt

Eine offene Stadt lebt von vielfältigen Lebensstilen und Kulturen. Ethnische Communities bereichern die Stadt ebenso wie soziale Bewegungen und Basisinitiativen. Wenn diese Vielfalt mit den Grundwerten von Solidarität und Gleichheit in Konflikt geraten, gewinnen Teilhabe-Prozesse besondere Bedeutung. Nur mittels Teilhabe sind viele der modernen städtischen Konflikte lösbar.

In einer Stadt der Teilhabe

- werden neue Ideen, neue Organisationsformen und Lebensstile zugelassen und manchmal sogar bewusst gefördert
- werden unterschiedliche Lebensformen und Lebenskulturen repektiert, garantiert und gefördert. Vielfalt bedeutet nicht Isolierung, sondern Kommunikation. Eine offene Stadt lebt vom ständigen Austausch zwischen verschiedenen Lebenswelten und deren gegenseitigen Bereicherung.
- wird der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung bei großen, aber auch bei kleinen Projekten institutionalisiert: mit Mediation, Parkbetreuung und Stadtteilteams stehen ExpertInnen für Teilhabe zur Verfügung. Immer geht es um den Ausgleich zwischen Vielfalt und Solidarität.

Stadt im Dienst der Bevölkerung

Die Stadt definiert das Verhältnis privat-öffentlich neu. Der Schutz der Privatsphäre und der Privatdaten ist ein Grundrecht und wird sichergestellt. Informationen über die Stadt sind öffentlich und kein Amtsgeheimnis. Sie sind allen in einer verständlichen, entbürokratisierten Sprache zugänglich. Die Stadt wird zur Serviceeinrichtung, die im Dienste aller StadtbürgerInnen steht. Die Zufriedenheit der Bevölkerung wird zum entscheidenden Erfolgskriterium des Verwaltungshandelns.

Die Stadtverwaltung ist anders gestaltet. Öffentlich bleibt das, was zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. die Bereitstellung von öffentlichen Gütern notwendig ist. Die öffentliche Bereitstellung von Gesundheit, Bildung und öffentlichem Verkehr ist unabdingbar.

Stadt lebt von Kultur und Kritik

Die Stadt unterstützt neue Ideen und Experimente. Eine vielfältige Szene in Kunst, Kultur und Wissenschaft ermöglicht Reflexion und Innovation. Stadtpolitik nützt die technologischen Möglichkeiten und stellt diese Reflexionsräume ins Zentrum der Stadt, sie stellt Ressourcen zur Verfügung und schafft Platz für Auseinandersetzung und Diskussion. Eine Stadt der Teilhabe vernetzt die Menschen in der Stadt, aber auch in der umliegenden Region und international. Sie fördert Vielfalt, gibt aber auch kritischen Minderheitspositionen eine Stimme. Kritik ist immer auch Quelle des Lernens! Mutige Politik setzt Schwerpunkte, bezieht Stellung und

übernimmt Verantwortung für ein kritisches und vielfältiges Kulturangebot. Die Stadt beschränkt sich dabei nicht auf reine Geldvergabe, sondern ist Politik im umfassenden Sinn. Sie wird Partnerin der Kulturschaffenden und verpflichtet sich zu einem längerfristigen Engagement: Längerfristige Subventionszusagen ermöglichen kontinuierliches Arbeiten. Gegenwartskunst und Jugendkultur werden genauso aktiv und bewusst wie Hochkultur und bestehende Kultureinrichtungen gefördert. Die Stadt fördert Kunst, Kultur und Wissenschaft mittels Teilhabe-Fonds, in denen die Politik mit den Betroffenen gemeinsam Schwerpunkte festlegt. Statt z.B. einzig Professoren und Unternehmer über die Zukunft von Wissenschaft und Technologieentwicklung entscheiden zu lassen, haben auch AssistentInnen, Studierende und nicht-universitär Forschende Zugang zum Wissenschaftsfonds. Ein Frauenanteil in der Besetzung dieser Fonds von mindestens 30% ist garantiert.

Neue Räume der Kommunikation

Eine Stadt der Teilhabe lebt von Dialog, Diskussion und Kommunikation. Teilhabe ist ohne eine vielfältige Öffentlichkeit, ohne öffentliche Meinung und Gegenöffentlichkeit nicht möglich. In einer lernenden Stadt

- entstehen neue Räume der Kommunikation: Plakatwände für Gegenöffentlichkeit, Straßentheater und Straßenmusik ebenso wie Speaker´s Corner, öffentliche Internetzugänge und bemalbare Betonwände.
- werden neue Medien und der kritische Umgang mit ihnen ebenso gefördert wie freie Radios und Stadt- und Stadtteilzeitungen mit geringer Auflage. Vielfalt ist ein Wert an sich!

- werden vor allem für ältere und minderqualifizierte Bevölkerungsgruppen besondere Angebote erarbeitet, um auch diesen Gruppen den Zugang zu den neuen Technologien zu ermöglichen.

Offen für die Welt

Der Austausch und die Kooperation der Stadt mit der umliegenden Region und auch auf internationaler Ebene fördert die Offenheit und den interkulturellen Dialog. Eine aktive Stadtaußenpolitik entwickelt die Region zu einem Musterbeispiel, wie die europäische Integration den gesamten Kontinent in Richtung nachhaltiger Entwicklung verändern könnte. Wien im Herzen einer erweiterten EU fördert nicht nur grenzüberschreitende Kooperationen sondern ist politischer Partner in Städtepartnerschaften, internationalen Netzwerken und Institutionen. Die Stadt erfindet das „Rad“ nicht immer zwangsläufig neu, sondern bezieht Erfahrungen internationaler Städtepolitik in Form von Best-Practise-Modellen in ihre Aktivitäten ein. Wien nimmt an internationalen Städtewettbewerben teil und wird mehrfach für die Entwicklung nachhaltiger Lösungen ausgezeichnet.

Darüber hinaus fördert die Stadt die globale Solidarität. Die öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen fördern den „Fairen Handel“ mit dem Süden durch den Kauf von Kaffee und Tee. Die gezielte Förderung des „Globalen Lernens“ durch die Stadt erweitert den Horizont und vertieft weltweite solidarische Netzwerke. Förderungen gibt es nicht nur für Kooperationen im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich, sondern verstärkt im Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsbereich. Austausch und Kooperation, und nicht Konkurrenz werden zu den Leitprinzipien städtischen Handelns.

DIE GRÜNEN WERKSTATTSCHRIFTEN

Die grünen Werkstattsschriften publizieren in unregelmäßigen Abständen Texte zu wichtigen Themen aus dem grünen Universum.

Wir wollen Diskurse entfachen und Visionen entwerfen. Wir berichten über Experimente und begleiten grüne Alternativen. Wir freuen uns über Beiträge und bitten, diese an buero@gbw.at zu schicken.

Impressum:

Die Grüne Bildungswerkstatt • Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien • E-Mail: buero@gbw.at • Telefon: ++43 1 526 91 11